



Antwort zur Anfrage Nr. 0404/2010 der Stadtratsfraktion ödp / Freie Wähler betreffend **Nutzung des Truppenübungsplatzes im Naturschutzgebiet "Großer Sand" (ödp/Freie Wähler)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Zu 1.

Weder in den Eigentums-/ noch in den Besitzverhältnissen des Standortübungsplatzes „Großer Sand“ sind in den vergangenen Jahren Veränderungen eingetreten.

Zu 2+3.

Der Standortübungsplatz ist nach dem Nato-Truppenstatut und entsprechenden Verwaltungsvereinbarungen den US-Streitkräften zur Ausbildung ihrer Truppen überlassen. Die Nutzung des Geländes erfolgt aufgrund einer Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bundesminister der Verteidigung und dem Oberbefehlshaber des US-Heers in Europa, sowie einer von den US-Streitkräften aufgestellten Benutzungsordnung für dieses Gelände. Gewünschte Änderungen bei der Nutzung des Truppenübungsplatzes sind zunächst zwischen dem Bundesminister der Verteidigung und den US-Streitkräften zu verhandeln. Die zuständigen Gebietskörperschaften werden an diesen Verhandlungen beteiligt. Eine bilaterale Vereinbarung zwischen der Stadt Mainz und den US-Streitkräften zur Nutzung des Übungsgeländes ist aber nicht möglich.

Nach Rücksprache mit der für die Verwaltung des Übungsgeländes zuständigen US-Militärverwaltung in Wiesbaden-Erbenheim gibt es derzeit keine konkreten Pläne, im Zusammenhang mit der Verlegung weiterer US-amerikanischer Truppenteile nach Wiesbaden das Übungsgelände „Großer Sand“ intensiver in Anspruch zu nehmen. In diesem Zusammenhang wurde auch darauf hingewiesen, dass es sich bei der in der Presse genannten Zahl von 4000 zusätzlichen Beschäftigten des US-Militärs nur zu einem geringeren Teil um Soldaten handelt. Hauptsächlich sind von der Verlagerung zivile Mitarbeiter des US-Militärs betroffen.

Zu 4.

Nach Auskunft der US-Verwaltung in Wiesbaden-Erbenheim gibt es derzeit noch keine Überlegungen bzw. Planungen hinsichtlich der letzten in Mainz verbliebenen „Housing-Area“ an der Finther Landstraße in Mainz-Gonsenheim. Es ist weder eine Ausweitung dieser Wohnsiedlung noch eine Reduzierung oder Rückgabe geplant.

Mainz, 23.01.2014

gez.: Beutel

Beutel
Oberbürgermeister